

weniger, als die Erhaltung der kapitalistischen Republik gegen jeden weiteren Vormarsch der Arbeiterklasse. Mit der Feststellung der Erhaltung der Staatsform verhalten die Sozialdemokraten, den Arbeitern die Köpfe zu vernebeln. Man stellt den Staat als etwas über den Klassen Gegebenheiten hin und verwirrt das Proletariat, indem man es ablenkt von der notwendigen Aufgabe der Beseitigung des kapitalistischen Staates. Der Staatsapparat ist das Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse, also ein Werkzeug heute in Deutschland des Bürgertums. Daran ändert auch nichts die auch sehr oft wiederholte Betonung des Volksstaates. Lenin hat den Arbeitern die Rolle des Staates deutlich aufgezeigt. Doch wir wollen, um das Geschrei der Sozialdemokraten vor den Volkswirren zu vermeiden, nicht Lenin, den genialen verstorbenen Führer der Sowjetunion, zitieren, sondern die beiden Altkämpfer Marx und Engels sprechen lassen. Angesichts der Diskussion über das Gothaer Programm von 1875, welches folgende: „Von diesen Grundfragen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat...“ schrieb Karl Marx:

„Freier Staat — was ist das? Es ist keineswegs Jemand der Arbeiter, die den beschränkten Unteranenverstand losgerissen dem Staat frei zu machen. Im Deutschen Reich ist der Staat fast so frei wie in Rußland.“ Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heute sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maß, worin sie die Freiheit des „Staats“ beschränken.

Die deutsche Arbeiterpartei — wenigstens wenn sie das Programm in dem ihrigen macht — zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal theoretisch sitzen; indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und das gilt von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staates (oder künftigen für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen besitzt.

Und nun hat der wüste Mißbrauch, den das Programm mit den Worten „heutiger Staat“, „heutige Gesellschaft“ treibt, und den noch wüsteren Mißbrauch, den es über dem Staat anrichtet, an den es keine Forderungen richtet.

Die „heutige Gesellschaft“ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelalterlichem Feilich, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der „heutige Staat“ wechelt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preussisch-deutschen Reich wie in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. „Der heutige Staat“ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelt. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man vom „heutigen“ Staat sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine heutige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwälzung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft werden? In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die heutigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammenziehung des Wortes „Staat“ mit dem Wort „Staat“ auch nicht einen Hahsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft ist eine Periode der revolutionären Umwälzung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

Marx zeigt hier mit aller Klarheit, daß der Staat kein „Ding an sich“, sondern daß er in den materiellen Verhältnissen wurzelt. Daben wir also eine bürgerliche Gesellschaft, so auch einen Staat, der Apparat dieser Gesellschaft ist. Friedrich Engels, der an Bebel im März 1875 zum Gothaer Programm schrieb, erklärte:

„Man sollte das Gerede vom Staat fallen lassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der „Vollstaat“ ist uns von den Anarchisten bis zum Ueberdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx gegen Proudhon und nachher das kommunistische Manifest direkt lagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampfe, in der Revolution bedient, um den Gegner gewaltsam niederzuschlagen, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von der Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“

Die Rechte und Konjorten aber wollen nicht die Benutzung des Staates zur Niederhaltung der Gegner des Proletariats, obgleich sie umgekehrt nichts dagegen haben, wenn der Staat zur Niederhaltung des Proletariats genutzt wird. Die Sozialdemokraten richten mit dem Staatsgedanken jenen wüsten Mißbrauch an, der die sozialdemokratischen Arbeiter noch ins Reichsbanner gehen läßt, der den politischen Kampf vom wirtschaftlichen trennt. Aber sie wollen nicht die Diktatur der Arbeiter. Sie lehnen diese einzige notwendige Form zum Uebergang in die sozialistische Gesellschaftsordnung ab.

Was aber tun die „Linken“ — haben sie eine andere Plattform? Nein, Lipinski wußte nichts anderes zu tun, als schnell zu erklären, daß sie auch den Staat erhalten haben, und zwar mit einer sozialdemokratischen Regierung. Daß die Frage der Staatsbejahung oder Verneinung bei diesem Streit ausschlagend. Also in dieser Grundfrage sind sich die „Linken“ mit den Rechten einig. Was dann noch übrigbleibt, war Gegenstand. Linke wie Rechte wollen nicht die Diktatur des Proletariats.

So haben die „Linken“ denn jetzt schon zwei Niederlagen erlitten. Sie wurden von der Mehrheit verhöhnt und ihre Anträge abgelehnt. Sie mußten erklären, daß sie keine politische Plattform für ihr Vorgehen aufweisen. Diese Haltung der „Linken“, wie andererseits die Haltung der Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei dürfte nun doch wohl einer großen Zahl Arbeiter die Augen öffnen und ihnen zeigen, daß ihr Weg nicht in der SPD., sondern bei den Kommunisten ist. In diesen Fragen schaffen sie die gemeinsame Plattform mit den Rechten.

\*) Dem Rußland des Zarenismus.

# Ein Sturmangriff auf die Rechte der Mieter

Drohende Vergewässerung der Wohnungsnot

In Dresden fanden sich diese Woche die Fachleute des kapitalistischen Wohnungswesens ein. Die Vereinigung deutscher Wohnungsämter hielt am Montag eine Tagung im Ausschaltungspalast ab, die das Interesse sämtlicher Mieter, insbesondere der Wohnunglosen, erfordert. Reichsregierung und Staatsregierung, Justiz- und Arbeitsministerium, sowie ein bayerisches Ministerium für „soziale“ Angelegenheiten waren vertreten. Der Direktor des Dresdner Wohnungsamtes, Dr. Lepser, hielt das erste Referat über das

## Wohnungswesen der Stadt Dresden.

Seine Ausführungen verdienten eigentlich wörtlich veröffentlicht zu werden. Rander Wohnunglose hätte dann die Hände über den Kopf geschlagen. Nach einem Rückblick in die Vortragszeit, in der es 1904 7,34 v. H. leerstehende Wohnungen gab, während der Durchschnitt 3 Prozent betrug, kam Redner auf die Zwangswirtschaft zu sprechen. Er verriet, weshalb die Stadt Dresden so „sozial“ ist und das Berechtigungsverfahren, das ein Mittel zur Förderung der Zwangswirtschaft ist, nicht einführt, und sagt wörtlich: „Es werden aber in weitem Umfange die Vorschläge der Mietparteien (lies: Hausbesitzer! D. Red.) berücksichtigt, so daß praktisch fast daselbst erreicht werde, wie beim Berechtigungsverfahren.“ — So sei die Zahl der notwendigen Zwangsmietverträge in Dresden immer mehr zurückgegangen, zurzeit nur noch monatlich 3-4 gegen 24 im Jahre 1922. Dabei warnte er vor „überstürztem“ Abbau der Zwangsbestimmungen. — Ohne daß dem Herrn Direktor oder dem mittelwandelnden Bürgermeister und Wohnungsbezermenten Klischee die eigene Schuld bewußt wurde, stellte Redner fest, nach der diesjährigen Wohnungszählung sind auf Grund vorläufiger Teilergebnisse

## 17 600 Haushaltungen leihgeheiß, die keine selbständigen Wohnungen haben.

1900 wohnen nach keinen Angaben 1700 Familien zur Untermiete, denen stehen heute 16 000 Familien mehr gegenüber. Die Lage spize sich immer mehr zu und werde unhaltbar. Er forderte zur Lösung der Frage Erhöhung des für Wohnungsbau bestimmten Teiles der Mietzinssteuer von 10 auf 20 v. H. der Friedensmiete! 1924 seien 1150, 1925 voraussichtlich 1300 neue Wohnungen erbaut worden, und die Neubauten seit 1919 fallen zu zwei Dritteln auf gemeinnützige Bauvereinigungen, zu ein Drittel auf Privatbauten und nur zu geringem Teil auf Regiebau der Stadt! Das Referat Dr. Lepfers bewies deutlich, daß die Stadt Dresden dem Wohnungsbau laßert.

Der Stadtbauamtsdirektor Dr. G. u. L. Winden sprach über die Abänderungen des Reichsmietengesetzes, die die Reichsregierung beabsichtigt. Der Gesetzentwurf, der dem Reichsrat vorliegt, zeige die Tendenz des

## Abbaus der Wohnungszwangswirtschaft auch auf dem Gebiete des Mieterschutzes.

In Zukunft soll der Wertmäßige bereits bei monatlichem Rückstand der Miete an die Luft gehen werden können! Der

guthaberische Stadtbauamtsdirektor sprach sich aus Billigkeit mit den Rechten dafür aus. Aber er forderte auch mit der Regierung Luther, daß die Wohnungstürme bei „mietwidrigem“ Verhalten ohne Erlaßraum wohnungslos gemacht werden können. Nach der Aufhebung des Mieterschutzes für Untermieter hand er entgegen. Er sagte wörtlich: „Infolgedessen werden viele Familien und Ehepaare, die heute in Untermietwohnungen untergebracht sind, obdachlos werden, falls die Vorschläge Gelingen sollten, zumal nicht damit gerechnet werden kann, daß die Wohnungsämter für so viele wohnungslose Parteien Wohnungen vermitteln können.“ Redner sah gewiß die Gefahren, die dadurch für den bürgerlichen Staat heraufbeschworen werden, indem man allein in Dresden mindestens 17 000 Personen in Kampfstellung zum Staate bringt. Der Oberregierungsrat Hoppe vom Justiz-, Arbeits- und Wohlfahrtsministerium sah die einzige Lösung in der Ersetzung der Mietzinssteuer durch eine reine Bodenwertsteuer. Die sozial klingende Umwandlung geht von dem Interesse der Kapitalisten aus, die Arbeiter aus dem Innern der Stadt zu verdrängen, um den revolutionären Befreiungskampf der Arbeiter zu hemmen. Nach der Lösung: die Stadt der Bourgeoisie! Einstimmig sagte diese Tagung folgende Entschliessung, die sich vollkommen — trotz der erhobenen Wünsche — auf dem Boden des Kampfes der Luther-Regierung gegen die Mieter bewegte.

„Die Vereinigung deutscher Wohnungsämter schließt sich in Bezug auf die Beurteilung des neuen Entwurfes zum Reichsmietengesetzes der Stellungnahme des Deutschen Städtebundes in allen wesentlichen Punkten an. Der Gesetzentwurf enthält neben Bestimmungen, die ohne weiteres gutgeheißen werden können, auch solche, die auf die unermindert schwierige Lage des Wohnungsmarktes und damit auf die Interessen der Leihmietlinge und weiter Kreise der Bevölkerung nicht genügend Rücksicht nehmen. Dieses gilt besonders für die Bestimmungen über die beabsichtigte zukünftige Gestaltung des Mieterschutzes und Untermietverhältnissen. Sollten diese ohne Mitwirkung Gelingen, so muß schon heute darauf hingewiesen werden, daß Ehepaare und Familien, die in Untermietwohnungen eine Unterkunft gefunden haben, in sehr großer Zahl mit Obdachlosigkeit rechnen müssen, ohne daß die Wohnungsämter in der Lage sein werden, sie unterzubringen.“

Nach der Abtimmung ergriff, befreit über diese Tagung der Vertreter der Reichsregierung das Wort und erklärte zum Lohn der Mieter und Wohnunglosen, daß die Reichsregierung durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft nur „die Mieterschutzes vor ernstlichen Schwierigkeiten“ bewahren wolle.

Diese Tagung zeigte wiederum die ungeheuren Gefahren, die von Seiten der Luther-Regierung den Wertmäßigen drohen. Was gebeten nun die Mietervereine Ernstliches dagegen zu unternehmen? Wo bleibt die Eröffnung des Kampfes gegen die Hausagrarier-Regierung Luther durch den Allgemeinen Mieterbewohnerverein? Die Mieter müssen von ihren Organisationsparlamentarisch und außerparlamentarisch energische Kampfmaßnahmen fordern.

an die russische hin. Alle Macht und allen Einfluß, über den die englische Arbeiterpartei verfügt, sollte sie zu einer energiegelichen Bekämpfung des Kapitalismus benutzen, besonders wenn dieser liegt gegen die Sowjets wenden sollte. Wenn wir es erleben sollte Kallinin, daß die Tätigkeit der russischen und englischen Arbeiterklasse vollumfänglich konsolidiert ist, dann wird es in der Welt keine Gegenrevolution mehr geben. Kallinin forderte die englischen Delegierten auf, sich mit dem Sowjetismus möglichst vertraut zu machen und fügte dabei hinzu, dieses System sei natürlich nicht für die Ewigkeit gemacht, sobald man aber Anzeichen des Ueberlebels bemerken würde, würde man nicht davor zurückzucken, es durch ein besseres zu ersetzen.

## 45 000 indische Baumwollarbeiter im Streik

London, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Der lange befürchtete Streik in den Baumwollspinnereien Bombays ist überraschend schnell zum Ausbruch gekommen. In einer Spinnerei legten die Arbeiter und Angestellten in der Mittagszeit die Arbeit nieder und kehrten nicht wieder an ihre Arbeit zurück. Innerhalb einer einzigen Stunde waren 12 Spinnereien in Mitleidenschaft gezogen, 30 000 Arbeiter streikten, um gegen die Herabsetzung der Löhne zu protestieren. Starke Polizeieinheiten wurden sofort zusammengezogen. Jede Annäherung ist verboten und Patrouillen ziehen durch die Straßen der Industrieviertel. Der Streik ist in händiger Wäskien begriffen. Während der letzten Tage sind weitere 15 000 Arbeiter in den Streik getreten, so daß die Zahl jetzt rund 45 000 beträgt.

## Abd el Krim köhrt vor

Die Höhen von Sibane von den Kabalen zurückverloren. Immer dumpfer werden die Klänge der spanisch-französischen Siegesfanfaren. Die neuesten Meldungen belegen, daß die Lage der gelandeten Spanier sehr ernst ist. Die Franzosen beschließen, zu deren Rettung eine Entlastungsoperation vorzunehmen. Es steht fest, daß die französisch-spanischen Operationen zum Stillstand gebracht worden sind und daß die Lage der Spanier katastrophal ist.

Es bringt allmählich die Wahrheit über den „Sieg bei Alhucemas“ durch. Danach ist der Offensivvorstoß der Spanier mißlungen. Der Einbruch der Truppen ist außerordentlich schwierig, die Versorgungsanfrage ist geradezu katastrophal. Besonders wichtig ist, daß die Batterien der Rifbatterien plötzlich wieder zu arbeiten anfangen, nachdem sie angeblich von den französisch-spanischen Flotte „nützlich zum Schwimmen gebracht wurden“, wie die Unterdrückerpresse ausposaunte.

Die Rifbatterien belagern nachts das spanische Lager von den Bergen, die das Vorgebirge beherrschen, aus, gegenüber schweigen sie. Bis jetzt ist es den Spanieren nicht gelungen, ihre Stellung genau festzustellen.

In Spanien selbst steigt die Unzufriedenheit mit dem ungeheuer kostspieligen Maroffeldzug. Außerdem wird mit großer Befürchtung der Plan eines Winterfeldzuges beim jetzigen Stand der Operationen erwogen.

Von der französischen Front wird ein Erfolg Abd el Krim gemeldet, der nach heftigem Kampfe und verzweifelter Gegenwehr der Franzosen die Höhen von Sibane wieder erobert hat, nachdem sie vorige Woche beim Vormarsch von den Kabalen geräumt worden waren. Die Franzosen bereiten sich auf heftige Kämpfe zur Wiedereroberung vor. Die Eingeborenen in der französischen Etappe beginnen deutlich die Sympathie für den Freiheitskampf Abd el Krim zu zeigen. Gerüchte über Unruhen hinter der Front wehren sich.

## Heidelberg

3. Tag

## Die Linken „schmutzige“ Demagogie. — Alle Anträge der „Linken“ gegen den Parteivorstand abgelehnt.

Im weiteren Verlauf erhält Scheidemann das Wort. Um Stimmung zu machen, greift er (gerade erst) schon die jenseitige Reichswirtschaft und die deutsche „Rechtspflege“ an. Dann folgt eine Schimpftirade gegen die Linken. Der Parteitag dürfe sich überhaupt nicht mit tatsächlichen Fragen beschäftigen, denn man wisse ja nicht, was morgen sein würde. (Das ist sozialdemokratische „politische Perspektive“!)

Heilmann (Berlin) geht ebenfalls in wüster Weise gegen die Opposition vor und schimpft besonders darüber, daß die jüdische SPD-Presse die Barmatschleber nicht genügend in Schutz genommen hat. Zum Schluß nennt er unter hartem Beifall des Parteitages

## Die Opposition der Linken „schmutzige Demagogie“

In der Nachmittags Sitzung verteidigt Heilmann Müller das Reichsbanner gegen die SPD-Arbeiter, die nicht erkannt hätten, daß das Zusammengehen mit den Bankhändlern und den Zentrum-Jollwuchern „historische Notwendigkeit“ sei. Hierauf wird die Debatte durch Schlußantrag abgewürgt. Die Abtimmungen ergeben wieder eine völlige Niederlage der Linken. Die Anträge auf

Abkehr von jeder Bündnispolitik mit den Parteien der bürgerlichen Koalition, Einleitung des Volksentscheids über Autonomie und die Jollworte und diejenigen, die die Mißbilligung der Haltung der Parteileitung bei der Reichspräsidentenwahl ausdrücken, werden gegen die kleine Gruppe Linker abgelehnt.

## Der Antrag Franzfurt, der eine Herabsetzung der Zusammenziehung des Parteivorstandes verlangt.

wird unter schallendem Gelächter gegen ganz wenige Stimmen (der größte Teil der Opposition stimmt nicht dafür, erklärt sich also für den Parteivorstand!) abgelehnt.

Es folgt der Bericht der Reichstagsfraktion, den der Abgeordnete Keil erstattet. Er betont, daß die SPD. zur Regierung in sozialer Opposition stehe und nicht daran denke, diese kürzer anzugreifen.

Es folgt die Aussprache.

## Einberufung des außerpolitischen Ausschusses

Berlin, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Der auswärtige Ausschuh des Reichstages ist für den 23. September vormittags 10 Uhr einberufen worden. Er wird sich mit der außerpolitischen Lage, insbesondere mit dem Sicherheitspakt beschäftigen. Es steht zu erwarten, daß die Reichsregierung über das Ergebnis der für den nächsten Montag einberufenen Kabinettsitzung berichten wird.

## Empfang der Delegation der englischen Arbeiterpartei durch das ZSR der Sowjet-Union

Moskau, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Delegation der englischen Arbeiterpartei, die jetzt in Rußland weilte und bereits Traktat einen längeren Besuch abgestattet hat, wurde auch in einer Sitzung des Zentral-Exekutivkomitees des Sowjet-Bundes feierlich empfangen. Kallinin unterbrach beim Eintreten der englischen Delegierten die Sitzung und richtete eine sehr herzlich gehaltene Begrüßungsansprache an sie, auf welche einer der Delegierten antwortete. Kallinin nahm darauf noch einmal das Wort und wies in einer längeren Rede auf die Notwendigkeit einer Annäherung der englischen Arbeiterklasse

# Rüftet zum Roten Tag in Birna am 19. und 20. September